ORIGINAL SOZIAL

DIE LINKE.

Zeitung zur Kommunalwahl 2008

Oberhavel

Für den sorgenfreien Schulanfang

Die LINKE im Kreis Oberhavel initiierte Spenden zur Erstausstattung von Abc-Schützen

Oranienburg – Ja natürlich, gefreut haben sich die Kinder sehr, aber rundum fröhlich sind sie nicht. Die finanzielle Situation ihrer Eltern erfahren sie spätestens mit der Einschulung. Rund 180 Euro kostet die Erstausstattung für einen Abc-Schützen. Und viele vor allem Hartz-IV-Empfänger können sich das nicht leisten – nicht ein Cent ist in der ALG-II-Summe für Schulsachen enthalten.

„Wir haben es im Bundestag versucht, im Landtag, im Kreistag – eine einmalige Zahlung für den Schulanfang für Bedürftige zu beschließen", sagt Gerrit Große, die bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN aus dem Kreis Oberhavel, „aber die anderen Parteien wollten nicht". Und da griff DIE LINKE zur Selbsthilfe und initiierte gemeinsam mit dem Arbeitslosen-Service „Horizont" die „Schultütenaktion", sammelte Geld- und Sachspenden für die im Kreis bedürftigen Schulanfänger.

„Wir schätzen etwa 300 Kinder, deren Erstausstattung für den Schulanfang den Eltern schwerfällt", sagt Gerrit Große, „aber die Hemmschwelle ist hoch für die Eltern, das einzugestehen." Und so haben die Mitarbeiter der sechs Tafeln im Landkreis rund 100 Kinder aus ihrer regelmäßigen Kundschaft ausfindig gemacht, für die die Spenden eine große Hilfe sind. 4000 Euro konnten gesammelt und eingesetzt werden, dazu zahlreiche Sachspenden, die je nach Bedarf an die Kinder ausgegeben wurden. Schultaschen, Federtaschen, Malfarben, Bastelset, Turnzeug, Hefte, Umschläge, „alles ist neu und unterscheidet sich nicht von den Dingen, die sonst zum Schulanfang gekauft werden".

„Die meisten Reaktionen waren positiv", hat Gerrit Große bei der Aktion erfahren, „und wir haben damit auch eine Debatte über eine solidarische Gesellschaft in Gang gesetzt."

Gerrit Große, DIE LINKE Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete (l.), ist auch Lehrerin und weiß, welche Bedeutung ein geglückter Schulanfang für Kinder und Eltern hat.

Das „S" heißt doch nicht „Selten-Bahn"

Haben gut lachen: Fast 80% der Passanten unterstützen das Ziel „20-Minuten-Takt der S 8 auch abends und am Sonntag", v.l.n.r.: G.Pioch, Mathis Oberhof, Rosi Pioch, Wolfgang Dobbert.

Eine so große Zustimmung hat selbst die Optimisten der LINKEN im Mühlenbecker Land überrascht. 70 Unterschriften in zwei Stunden kamen zusammen bei der Aktion „S 8 – ist der Zug abgefahren?"

Gemeinsam mit dem Ortsverband Hohen Neundorf fordern die LINKEN, dass der 20-Minuten-Takt der S 8 nicht weiter ausgedünnt, sondern auf die Abendstunden und das Wochenende ausgedehnt wird.

„Die S-Bahn-Gemeinden werden immer attraktiver, immer mehr Menschen ziehen hierher. Aber wer abends und am Wochenende auf S-Bahn-Verbindung hofft, wird enttäuscht", so Günter Pioch, stellvertretender Ortsbürgermeister von Schildow. Das „S" steht doch nicht für „Selten-Bahn", klagten genervte S-Bahn-Kunden. Betroffen sind vor allem Sonntagsarbeiter und junge Leute, die abends noch in Berlin was erleben wollen.

Die Forderungen wurden auch von den Initiatoren der Unterschriftenaktion vom Herbst 2006 aus Mühlenbeck begrüßt, die über 1500 Unterschriften an das Potsdamer Verkehrsministerium gesandt hatten und so die Pläne für einen 60-Minuten-Takt der S 8 durchkreuzen konnten.

Deutlich wurde bei dieser Aktion: Das Thema S-Bahn-Takt beschäftigt sehr viele Bürger des Mühlenbecker Landes. DIE LINKE bleibt am Ball.

DIE LINKE ist eine gute Wahl

von Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, MdB

Gemeinden und Städte haben ihr eigenes Gesicht. Nahverkehr, Gewerbe und Erholung, Schulen und Freizeiteinrichtungen, Kultur und Tourismus, Platz für die Begegnung der Jungen und der Älteren – wie lebendig Kommunen sein sollen, diese Fragen stellen alle und wir können einiges dafür tun, sie im öffentlichen Austausch zu beantworten.

Demokratie in der Kommune – das ist der erste Baustein linker Politik. Dazu kommen Vorschläge für den sozialen Zusammenhalt, für die regionale Wirtschaft, für den Erhalt von Kultur und Landschaft, für Neues.

DIE LINKE hat in Brandenburg viele Erfahrungen einzubringen. Sie versteht sich auch als Kraft, die im Land und im Bund für bessere Rahmenbedingungen in der Finanzierung und Mitsprache der Kommunen eintritt. Und auch Europa ist allgegenwärtig, sei es bei Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und bei regionalen Strukturfonds.

Die diesjährigen Kommunalwahlen in Brandenburg öffnen die Türen für einen Wahlmarathon der Extraklasse. 2009 sind Europawahlen, Bundestagwahlen und Brandenburg wählt den Landtag neu, daran sollte man schon bei den Kommunalwahlen denken. Eine Stimme für DIE LINKE ist immer eine gute Wahl.

Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 1

Fürstenberg, Gransee u.G., Zehdenick, Löwenberger Land, Liebenwalde, Kremmen

Reiner Tietz
*1938, Kremmen

Vera Winkler
*1954, Fürstenberg

Irina Hentzschel
*1973, Liebenwalde

Siegfried Mattner
*1942, Liebenwalde, parteilos

Karin Kockel
*1960, Sonnenberg

Marcel Stutz
*1981, Zehdenick

Für ein lebenswertes Oberhavel in einem sozial gerechten und friedlichen Deutschland

Mitmachen, einmischen, gestalten

DIE LINKE macht mit ihrem Wahlprogramm den Wählerinnen und Wählern ein Angebot, sich zu beteiligen an der Veränderung dieser Gesellschaft. Wir wollen, dass diese sozial gerechter wird, dass die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen unseres Kreises gleichwertig werden, dass wir mit Originalität die ökologische Herausforderung als Chance begreifen und den demografischen Wandel gestalten, das politische Handeln solide finanzieren und vor allem Arbeit für ein Leben in Würde. Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern zur gegenseitigen kulturellen Bereicherung. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erteilen wir eine klare Absage.

Beteiligung ist die Voraussetzung für Demokratie, die wir stärken wollen, deren Möglichkeiten wir nutzen wollen. Wir wollen die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens sichern, die existenziellen Risiken für die Menschen eindämmen. Wir wollen die Lasten, aber auch die Früchte gerecht verteilen. Mehr Bürger sehen mehr, auch deshalb ist für DIE LINKE die Bürgerbeteiligung so wichtig. Deshalb sind alle Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu treffen. Die Fraktion DIE LINKE tagt grundsätzlich öffentlich. Ein Politikwechsel ist auch in Oberhavel nötig und möglich.

Für Demokratie, Gleichberechtigung, gegen Sozialkürzungen und Kriegspolitik gehen die LINKEN mit anderen Initiativen und Gewerkschaften auf die Straße.

DIE LINKE in Oberhavel wird die Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen Tarifflucht und Niedriglohn unterstützen. Wir bleiben dabei: Hartz IV ist kein geeignetes Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen und schon gar nicht zur Bekämpfung von Armut. 5.000 Kinder im Alter von 0-15 Jahren, die von einem Sozialgeld in Höhe von 211 Euro leben müssen – das heißt 5.000 mal Armut per Gesetz, das heißt 5.000 mal schlechtere Chancen bei der Teilhabe an Bildung, Kultur und Gesundheit. Deshalb setzt sich DIE LINKE auch für eine gute Bildung für alle von Anfang an besonders ein. Dazu gehört auch eine bessere personelle Ausstattung der Kindertagesstätten, eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung und der Ausbau der Ganztagsschulen.

DIE LINKE wird weiter um die friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide kämpfen.

Wir setzen auf Nachhaltigkeit in unserer Region und daher auf eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit Umwelt- und Sozialpolitik.

Dazu gehört für DIE LINKE auch, kleine und mittelständische Unternehmen zu stärken und die Potenziale der industriellen Kerne zu nutzen.

Die Entwicklung der ländlichen Regionen soll für DIE LINKE ohne den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen stattfinden.

DIE LINKE wird auch in der neuen Wahlperiode in gestaltender Verantwortung, im Protest, in der Opposition – immer nahe an den Problemen und Interessen der Bürger des Kreises Oberhavel wirken.

Gerrit Große (MdL), Vorsitzende des Kreisverbandes

LINKS wirkt in OHV

Dass DIE LINKE erfolgreich ist, kann man nicht nur an der Ratlosigkeit anderer Parteien im Umgang mit ihr ablesen. Sie überbieten sich bei den scheinbar sozialsten Wahlzielen. Man fragt sich, warum sie sie in bisheriger Verantwortung noch nicht realisiert haben.

Die steigende Akzeptanz der LINKEN drückt sich aber auch bei den Eintritten in die Partei aus.

Besonders seit der Schröderschen Hartz-IV-Politik traten bundesweit und auch in unserem Landkreis SPD-Mitglieder zum Teil mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit aus der SPD aus und in die PDS, später Linkspartei ein oder unterstützen sie.

Nach der Vereinigung von PDS und WASG zur neuen LINKEN verstärkt sich das Interesse, und die Eintritte in DIE LINKE heben die altersbedingten Mitgliederverluste und Austritte geradezu auf.

Im Land Brandenburg verzeichnete DIE LINKE im ersten Halbjahr 170 Neuaufnahmen, davon in Oberhavel zehn. Das sind mehr, als bis 2005 in einem Jahr in die PDS eingetreten sind.

Ein Zeugnis dafür, dass immer mehr Menschen ihre Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaft in der Politik der LINKEN wiederfinden.

Wie Politik funktioniert

Vor Jahren brachte die damals noch PDS-Fraktion im Kreistag einen Antrag gegen die militärische Nutzung des Bombenabwurfplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide ein. Damals wurde – wie üblich im Kreistag – der Antrag mit wütendem Wortschwall durch die CDU-SPD-Koalition nieder geredet und abgeschmettert. Einige Monate später, als die Landesregierung sich öffentlich gegen das Bombodrom äußerte, legten die Kreis-Koalitionäre einen ähnlichen Antrag vor, der natürlich angenommen wurde.

Ähnlich vor kurzem im Kreistag. Mehrere Vorschläge der LINKEN, aufgrund fehlender bundespolitischer Entscheidungen, aus der Kreiskasse bestimmten benachteiligten Gruppen (z.B. Kinder, Schüler) zu helfen, wurden immer wortreich aber sachlich wenig überzeugend niedergestimmt, obgleich der Kreis immer wieder stolz auf seine mehrstelligen Millionenüberschüsse verweist. Im letzten Kreistag dann ein unwirksamer und nichts kostender Antrag von SPD und CDU, das Land möge doch endlich für einheitliche Sozialstandards sorgen.

DIE LINKE nennt dies eine absurde Mogelpackung und Wählertäuschung.

Glaubwürdig und unbequem

Gerhard Horn schlägt Kandidatur für LINKE aus, sagt aber öffentlich: Ich wähle links

Glaubwürdigkeit – das ist für Gerhard Horn nicht nur ein Wort, es ist eine Grundeinstellung, die sich durch sein bewegtes Leben zieht.

Der studierte Automatisierungstechniker war bis 1989 Abteilungleiter in der Produktion und Mitarbeiter in der Forschung im Kaltwalzwerk und war nicht in der Partei. „Ich hatte zwar immer eine kritische Haltung, war aber kein Gegner“, erzählt er heute, obwohl seine Familie böse Bekanntschaft mit der Staatsmacht gemacht hatte. „Als plötzlich alle schon immer Gegner dieses Staates gewesen waren“, hatte Gerhard Horn sich nicht einfangen lassen. Leute mit Engagement, Glaubwürdigkeit und Durchblick wurden gebraucht, die dem ungezügelten Agieren Krupps wenigstens ein bisschen entgegentraten. Gerhard Horn wurde Betriebsratsvorsitzender. Als der Betrieb 1993 geschlossen wurde, ging er mit seinen Kollegen in die Arbeitsfördergesellschaft, obwohl Krupp ihm einen anderen Posten angeboten hatte. „Ich wollte die Kollegen nicht im Stich lassen“, sagt er.

Gerhard Horn: „Die LINKE ist die einzige Partei, die ehrlich vom Sozialstaat spricht.“

Aber „gefangen“ hatten sie ihn dann doch für eine Partei, als sich Engagement für soziale Inhalte noch mit der Person Regine Hildebrandts verband. Gerhard Horn initiierte als SPD-Mitglied einen „Linken Gesprächskreis“ in Oberhavel, was ihm schräge Blicke und Kritik einbrachte.

„Wenn es nur um Mehrheiten und Macht geht, dann bleiben Inhalte auf der Strekke“, hat er festgestellt und denkt an die Absprachen in den Koalitionen im Kreis und im Land, generell alle Anträge der PDS abzulehnen. Nach der Basta-Politik von Gerhard Schröder ist er ausgetreten aus der SPD.

Dass er nun von der LINKEN angesprochen wurde, für sie zu kandidieren, wunderte ihn nicht. Er sagte ab, um glaubwürdig zu bleiben, nun nicht für eine andere Partei im Kreistag zu sitzen. Aber: „DIE LINKE ist die einzige Partei, die ehrlich vom Sozialstaat spricht.“ Hier sieht er die Chance, „dass sich Politik um Menschen kümmert“, nicht nur um die sogenannten „Leistungsträger“. Globalisierung, Generationslüge – alles Ablenkung davon, dass es auch Erwartungen an die Gesellschaft gibt, die über die Arbeit hinausgehen. Als Vorstandsmitglied der Volkssolidarität im Kreis erlebt er hautnah, wie gesellschaftliche Beziehungen, die kein ökonomisches Ergebnis bringen, ehrenamtlich gerade noch so aufrecht erhalten werden.

Gerhard Horn wird wohl auch als Parteiloser weiter glaubwürdig und unbequem bleiben.

rd

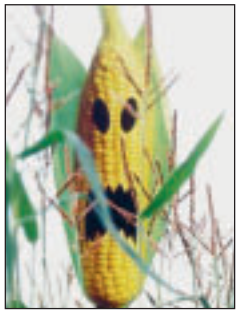
Grüne Gentechnik – eine Risikotechnologie

Grüne Gentechnik, oder Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie. Ihre gesundheitlichen und ökologischen Risiken sind nicht einschätzbar. Werden gentechnisch veränderte Organismen einmal in der Natur freigesetzt sind sie nicht mehr rückholbar.

Bei den genveränderten Lebensmitteln geht die Gefahr davon aus, dass der Mensch das Produkt unmittelbar selbst aufnimmt und langfristige Auswirkungen auf seine Gesundheit oder sein Erbgut nicht bekannt sind, denn es gibt keine Langzeituntersuchungen.

DIE LINKE und ihre Abgeordneten in Bund, Land, Kreis und Kommune setzen sich deshalb für die Aufklärung über diese Technologie ein und für die Einschränkung der Risiken bei der Anwendung von genverändertem BT-Mais, der zum kommerziellen Anbau in Deutschland zugelassen ist.

Kirsten Tackmann forderte für DIE LINKE im Bundestag ein zeitlich beschränktes Moratorium für den kommerziellen Anbau, die Anerkennung möglicher Kontaminationsschäden und einen Haftungsfonds durch die Schadensverursacher und klare Kennzeichnungsregelungen für genveränderte Organismen in Lebens- und Futtermitteln.



Carolin Steinmetzer forderte den brandenburgische Landwirtschaftsminister auf, sich für Maßnahmen gegen Gefahren von Gen-Mais MON 810 und ein Moratorium in der Bundesrepublik einzusetzen. Die Fraktion der PDS/LINKE im Kreistag OHV beantragte bereits 2005, Oberhavel zu einer genfreien Zone zu erklären und sich für GVO-freie Lebensmittel in den Kindereinrichtungen Oberhavels einzusetzen.

Der Landkreis Oberhavel war 2007 bundesweit der Spitzenreiter im Anbau von Gen-Mais und könnte 2008 wiederum zu den zwei führenden Landkreisen gehören. Deshalb setzt sich die Linke für die Aufklärung über diese Risikotechnologie ein und unterstützt das „Aktionsbündis für eine genfreie Landwirtschaft in Oberhavel“. *Erika Schulz*

Kandidaten für den Kreistag

Ingrid Oschim
**1946, Löwenberger Land*

Gerd Hinrichsen
**1935, Fürstenberg*

Claus-Dieter Wilksch
**1955, Zehdenick*

Ralf Wunderlich
**1972, Löwenberger Land*

Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 2
Hennigsdorf, Velten, Oberkrämer

Wera Quoß
*1939,
Hennigsdorf

Frank Ehrlich
*1983,
Hennigsdorf

Elke Uhlmann
*1959,
Hennigsdorf
parteilos

Ferencz Benda
*1956,
Birkenwerder

Reinhard Weber
*1946,
Velten

Günter Franke
*1950,
Oberkrämer

Das Land braucht eine starke LINKE

Von Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Im September wird die Landtagsfraktionsvorsitzende der LINKEN, Kerstin Kaiser, auf Tour durch Brandenburg gehen und vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch über ihre konkreten Erwartungen an die LINKEN kommen.

LINKE Politik setzt sich durch!

Noch Ende 2007 lehnte die Koalition im Landtag die von der LINKEN unterstützte Volksinitiative für ein Sozialticket ab – Ende Februar 2008 war Schluss damit. Der SPD-Landesvorstand beschloss „Politik für eine solidarische Mehrheit in Brandenburg“ und es folgte ein Sozialpaket, das unter dem Einfluss der CDU jedoch zum Sozialpäckchen abschmolz.

„Aus dem Sozialpaket-Streit zwischen ... SPD und CDU scheint die Linkspartei als Sieger hervorzugehen“, bilanzierte die PNN. Naja – so richtig als Sieger haben wir uns nicht gefühlt. Denn wir wollen doch Hilfen, die es allen bedürftigen Kindern im Land ermöglichen, an Klassenfahrten teilzunehmen – und nicht nur denen, die zuerst die Unterstützung beantragen. Wir wollen kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas. Wir wollen wohnortnahe Schulen nicht nur in Ausnahmefällen. Wir wollen eine garantierte kostenlose Schülerbeförderung in den ländlichen Regionen – kein Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Land und Landkreisen. Hätten wir mit am Tisch gesessen – die SPD hätte sich nach vorn, nicht nach hinten bewegen müssen.

Wenig später unternahm der Landkreis Dahme-Spree einen sozialpolitischen Befreiungsschlag: Der Schülertransport wird tatsächlich für alle, das Mittagessen für die Kinder von Arbeitslosen und Geringverdienern kostenlos – das Vorschuljahr nach dem Vorbild des rot-roten Berlin auch. Mehr Kita-Erzieherinnen werden eingestellt, zusätzliche Bildungsangebote kommen. Und die Kommunen werden finanziell entlastet.

Das zeigt: Die LINKE regiert mit – aus der Opposition. Das geht, weil unsere Politik – das soziale Original – von breiter Zustimmung getragen und von den Bürgerinnen und Bürgern selbst voran getrieben wird. So kann Veränderung beginnen. Und sie ist notwendig! Denn:

Es geht nicht nur um Schulwege und Schulessen – es geht um gute Bildung für alle.

Es geht darum, dass man von Arbeit wirklich leben kann und dass aus Absichten Entscheidungen werden: für Mindestlöhne, für eine vernünftige Vergabe von öffentlichen Aufträgen, für eine kluge Arbeitsmarktpolitik.

Es gibt eine Mehrheit für ein solidarisches Brandenburg. Dass sie zum Tragen kommt, dafür braucht es eine starke LINKE – original sozial.

Infos zu allen Veranstaltungen der LINKEN gibt es unter www.original-sozial.de

Nazis sind nicht sozial!

Von Thomas Nord, Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Zunehmend missbrauchen Rechtsextreme die soziale Notlage vieler Menschen für ihre Demagogie. „Stiefelnazis“, die ihre Gewaltbereitschaft sichtbar kundtun, sind nicht die einzigen Faschisten. Zu Drohungen und Gewaltverbrechen kommen zunehmend sozial anmutende Scheinargumente.

Ob bei Demonstrationen gegen Hartz IV, ob bei anderen sozialen Bewegungen und Diskussionen – immer mehr versuchen sie, die Not der sozial Benachteiligten für sich auszubeuten und sich als national gesinnte Demokraten darzustellen, die ein Herz für die Sorgen des „kleinen Mannes“ haben. Dem berechtigten Frust wollen sie ihre dumpfen Parolen aufdrücken, statt sachlicher Vorschläge appellieren sie an Wut, Ausgrenzung und Intoleranz.

Kämpfen wir dagegen, dass Brandenburger auf deren jetzt demonstrativ zur Schau getragene soziale Ader hereinfallen. Sonst könnte es ein böses Erwachen geben. So, wie 1933 viele ehrliche Bürger glaubten, die Faschisten würden einige soziale Versprechen erfüllen und wenn nicht, durch eigene Unfähigkeit abwirtschaften. Diese Illusion trog furchtbar! Darum dürfen wir auch heute nicht dem Wolf im Schafspelz trauen.

Wir haben allen Grund, wachsam zu sein und nicht zuzulassen, dass der rechtsextreme Ungeist an Boden gewinnt.

Wer rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen und damit auch Wahlerfolge dauerhaft zurückdrängen will, der muss die Rechtsextremisten als politische Herausforderung ernst nehmen. Neonazis sind ein fundamentaler Angriff auf die Demokratie und eben gerade keine Lösung für die immer größer werdenden sozialen Probleme.

Wer Rassismus und Antisemitismus dauerhaft das Wasser abgraben will, muss die Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit als gesellschaftliche Leitidee glaubwürdig, selbstbewusst und offensiv vertreten. Dies darf Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht ausschließen. Soziale Gerechtigkeit aber darf es nicht auf Kosten ausländischer Mitbürger, Andersdenkender oder Schwächerer geben.

Kinderarmut in Brandenburg

Von Kerstin Bednarsky, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Kinderarmut ist kein ausschließliches Problem der Dritten Welt. Ein Befund, der auch von der Holon-Studie „Aufschwung und Armut in den Kommunen des Landes Brandenburg“ für das kommunalpolitische forum Land Brandenburg e. V. gestützt wird.

Armut hat viele Facetten – neben der Einkommensarmut führt vor allem die Bildungsarmut zu Benachteiligungen. Bei Kindern führt sie zu Isolation und zu veränderten Verhaltensweisen.

Ausgelacht zu werden, ist für Kinder schlimmer als hungrig ins Bett zu gehen.

Hier im Land lebt mittlerweile jedes vierte Kind in Armut, in Deutschland jedes sechste – Tendenz steigend. Wer in Armut aufwächst, hat als Erwachsener eine schlechtere Gesundheit.

Ein unbeschwertes, glückliches Leben – wie hier Jette und Leen – wünschen wir allen Kindern. „Verordnete“ Kinderarmut ist eines der schwersten Vergehen eines Staates.

Viele Vorschläge zur Verringerung der Kinderarmut, wie beispielsweise Tipps für Hartz-IV-Empfänger, wie Kinder billiger zu ernähren sind, gehen am Kern des Problems vorbei.

Wenngleich es keine Patentrezepte gegen Kinderarmut gibt, so braucht es doch auf jeden Fall komplexe Strategien zu deren Prävention und Verringerung. Dazu gehören u.a. völlig neue Ansätze in der Bildungspolitik, oder eine soziale Grundsicherung für Familien, die das soziokulturelle Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung garantiert. Nur durch die Realisierung derartiger Konzepte wäre einer sozialen Desintegration und dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt entgegenzuwirken.

DIE LINKE fordert durchgreifende und nachhaltig wirkende Beschlüsse zur Überwindung von Kinderarmut. So sollen die Kosten für Lernmittel wegfallen, ebenso für die Schülerbeförderung und auch für ein Mittagessen in Kitas und Grundschulen. Schließlich gehört dazu, den öffentlichen Gesundheitsdienst auszubauen.

Von der Landesregierung erwartet DIE LINKE, dass sie auf Bundesebene nachhaltiger für die Verteilungsgerechtigkeit eintritt, statt wie bisher abzuwiegeln und den LINKEN „Panikmache“ vorzuwerfen.

Statistisches

Mit rund 830 KandidatInnen wird DIE LINKE landesweit für die Kreistage antreten. Hinzu kommen Hunderte, die für Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen kandidieren. Sie alle stehen für eine sozial gerechtere Politik in diesem Land. Gegenwärtig sind 960 Stadtverordnete und Gemeindevertreter für DIE LINKE aktiv. Hinzu kommen 13 hauptamtliche und 11 ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Kommunen sollen mehr Geld bekommen

Obwohl die Landesregierung nach wie vor der Auffassung ist, dass die Kommunalfinanzierung ausreichend ist, sieht die Realität vor Ort doch ganz anders aus.

Elf der 14 Landkreise haben keinen ausgeglichen Haushalt und weisen erhebliche Fehlbeträge auf.

Im Ergebnis der Föderalismusreform II sowie der bereits vollzogenen bundesgesetzlichen Veränderungen vor allem in der Sozialgesetzgebung, ist für die Kommunen der tatsächliche Bedarf der finanziellen Ausstattung zur Sicherung der übertragenen Aufgaben zu gewährleisten.

Jüngstes Beispiel ist die diesbezügliche Klage der Landkreise Uckermark und Havelland. Formell wurde die Klage zwar durch das Verfassungsgericht zurückgewiesen, den klagenden Kommunen aber im wesentlichen Recht gegeben.

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklung müssen die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen endlich neu geregelt werden.

Aus Sicht der LINKEN beträgt das Defizit knapp 60 Millionen EURO. Der Ausgleichsfonds für Not leidende Kommunen muss von derzeit 50 Millionen EURO auf 100 Millionen EURO verdoppelt werden. 70 Prozent dieses Geldes sollte für die Berlin fernen Regionen des Landes eingesetzt werden, der Rest im Speckgürtel.

Die Problematik Wasser/Abwasser ist sowohl für die Gemeinden als auch für das Land ein haushaltspolitisches Risiko, weshalb dafür ein besonderer Unterstützungsfonds außerhalb der Kommunalfinanzierung eingerichtet werden muss. Hier wird es analog des Stadtumbaus auch um Fragen des Rückbaus von Anlagen sowie den Zusammenschluss von Verbänden gehen müssen.

Die LINKE will nunmehr von der Landesregierung wissen, wie sie den Kommunen diese finanziellen Mittel zuleiten will. Im Interesse der Kommunen werden wir nicht lokkerlassen.

Ralf Christoffers, finanzpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE

Kandidaten für den Kreistag

Eckart Espenhayn
**1939, Velten*

Wahlkreis 3
Oranienburg, Leegebruch

Gerrit Große
**1954, Oranienburg*

Ralph Bujok
**1958, Oranienburg*

Hildegard Busse
**1935, Oranienburg, parteilos*

Reinhard Schneidereit
**1948, Oranienburg, parteilos*

Wolfgard Sonja Siebert
**1942, Leegebruch*

Kandidaten für den Kreistag

Giso Siebert
*1971,
Leegebruch

Stefan Plackties
*1968,
Oranienburg,
parteilos

Gerhard Großmann
*1950,
Oranienburg,
parteilos

René Armswald
*1978,
Oranienburg

Jan Sablotny
*1974,
Oranienburg,
parteilos

Wolf-Dieter Alte
*1943,
Oranienburg

Für Chancengleicheit in der Bildung

Von Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag

Zum Glück stehen Wahlen an. Nur so ist zu erklären, dass sich der Bildungsminister des Landes doch noch darauf besann, dass die Kinder in Treuenbrietzen und in Wittstock ein Gymnasium brauchen, dass Bewegung in die Diskussion um kostenloses Schulessen und kostenlosen Schülertransport gekommen ist. Das ist ein Anfang.

Noch immer verwehrt Brandenburgs Schulsystem Kindern – vor allem in ländlichen Regionen – jedoch Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung. Soziale Herkunft bestimmt zunehmend den Bildungserfolg. Alle von der Landesregierung und der SPD/CDU-Koalition eingeführten Neuerungen haben die Bedingungen nicht verbessert. Davon zeugt der Abbau der schulischen Infrastruktur vor allem in den ländlichen Regionen.

Die Aktion der LINKEN gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband im Landkreis Oberhavel „Es kommt was in die Tüte" veranlasste die Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann (l.) und Kirsten Tackmann (r.) zum Besuch im Arbeitslosenzentrum Oranienburg, wo Gerrit Große (MdL) als Kreisvorsitzende der LINKEN (2.v.r.) die ersten Schultüten an Angelina und Friederike übergab.

Die Einführung der Oberschule und die Art der Schulzeitverkürzung bis zum Abitur haben für Schüler der Oberschule den Weg zum Gymnasium versperrt. Die Einführung der Leistungs- und Begabungsklassen hat die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung vergrößert. Die Verschärfung der Zugangsbedingungen zum Gymnasium ist kontraproduktiv in einer Zeit, in der mehr und nicht weniger Menschen mit hoher Bildung gebraucht werden.

Markenzeichen der Bildungspolitik der Koalition von SPD und CDU sind Schulschließungen, zu wenig Personal in Kitas und Schulen und weitere Stellenstreichungen. Dies hat dazu geführt, dass trotz großen Engagements von ErzieherInnen und Lehrkräften die Kitas Mühe haben, sich zu wirklichen Bildungseinrichtungen zu entwickeln und an Schulen kontinuierlicher Unterricht in hoher Qualität kaum leistbar ist. Eltern kehren den öffentlichen Schulen den Rücken und schicken ihre Kinder in Schulen in freier Trägerschaft. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Die LINKE sieht den Ausweg aus der Bildungsmisere in einer grundlegenden Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit für alle Kinder kann am besten durch eine Schule gewährleistet werden, in der die Kinder nicht frühzeitig aussortiert werden, sondern möglichst lange gemeinsam lernen – die Gemeinschaftsschule.

Übrigens:
Die Kandidatur von Bürgermeistern und Landräten – wie auch in diesem Jahr vielfach praktiziert – ist laut Wahlgesetz tatsächlich möglich. Allerdings müssen sie sich nach der Wahl für Amt oder Mandat entscheiden.

Regierung „sittenwidrig"

Ein BGH-Urteil sorgte zu Jahresbeginn für große Aufregung im Land Brandenburg. „Sittenwidrige" Aneignung von Bodenreformland – ein Verhalten, welches eines Rechtsstaates unwürdig sei – so der Vorwurf des höchsten deutschen Zivilgerichts an die Landesregierung. Der durch DIE LINKE eingesetzte Untersuchungsausschuss im Landtag versucht nun, Licht in die Affäre zu bringen und vor allem die politische Verantwortlichkeit aufzuklären. Doch das ist schwierig. Eklatante Erinnerungslücken bei allen Beteiligten. Zeugen, die sich an nichts mehr erinnern und der unerschütterte Glauben, man habe stets nach Recht und Gesetz gehandelt. Bodenreformabwicklung, ein Thema, das – kaum zu glauben – „nur eine periphere Bedeutung" hatte. Dass es dabei um das Hab und Gut von Tausenden Neubauern ging und geht, spielte damals wie heute keine Rolle. Für die LINKEN zeichnet sich nach den ersten Zeugenvernehmungen schon jetzt ab: Die politische Verantwortung wird ganz offensichtlich auf die Fachebene abgewälzt: „Am Ende war der Pförtner schuld."

Christian Görke, parlamentarischer Geschäftsführer, und Mitglied im Untersuchungsausschuss

„Bomben sind doof"

Seit 16 Jahren wehrt sich eine ganze Region über alle Länder- und Parteigrenzen hinweg gegen das geplante Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide.

Dieser friedliche und kreative Protest wird seit Jahren von der LINKEN in den betroffenen Kommunalparlamenten, aber auch auf Landes- und Bundesebene aktiv unterstützt.

Die Argumente sind ausgetauscht, Wirtschaft, Naturschutz und Friedensaktivisten in seltener Einigkeit. Es ist ein Prüfstein für die parlamentarische Demokratie, ob der Bundestag im Interesse dieser demokratischen Mehrheit handelt.

DIE LINKE ist verlässlich, SPD und Grüne nach sieben Regierungsjahren mitschuldig. Reden zählt jetzt nicht mehr – nur Taten.

Kirsten Tackmann, MdB und Thomas Domres, MdL

Ausweg Gemeindeschwester?

Von Birgit Wöllert, gesundheitspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE im Landtag

Das Wort „Ärztemangel“ gehört seit Jahren zum festen Wortschatz der Brandenburger Politik. Obwohl bereits im Jahr 2001 durch die Landesregierung zwei „Expertengruppen“ eingesetzt wurden, die die Lage im stationären und im ambulanten Bereich analysieren sollten, wurde die Situation nicht entschärft. Mit anderen Worten: Das Thema ist uns leider erhalten geblieben. Die Altersstruktur der Ärzteschaft lässt eher noch eine Zuspitzung befürchten.

Auf kommunaler Ebene sind große Anstrengungen erkennbar, Ärztinnen und Ärzte anzusiedeln. Allerdings können die Kernprobleme nicht von den Kommunen gelöst werden. Dies sind für Ärzte insbesondere ein angemessenes Einkommen aber auch solche Fragen, wie: Welche Schule können meine Kinder besuchen? Können Patienten noch in meine Praxis kommen, wenn sie kein Auto haben? Wie weit muss ich zum Hausbesuch fahren und wie oft habe ich Bereitschaftsdienst? Die Lösung dieser Probleme hängt maßgeblich von der Landespolitik ab. Die Politik der Landesregierung und ihr Konzept „Stärken stärken“ geben leider nur unzureichende Antworten.

Wer kennt sie in unseren Landen nicht, Schwester Agnes? Die Gemeindeschwester mit dem großen Herzen ist Kult. Gemeindeschwestern, hier Schwester Manu, sind gut im flachen Brandenburger Land, sagt DIE LINKE, warnt aber gleichzeitig: Sie sind kein Ärzte-Ersatz.

Große Hoffnungen verbinden sich mit dem Projekt „Gemeindeschwester“, das auch DIE LINKE begrüßt. Allerdings wäre es völlig verfehlt, darin einen „Ärzte-Ersatz“ zu sehen. Sie kann und soll unterstützend wirken und zudem soziale Funktionen erfüllen. Ob die Gemeindeschwester im jetzigen Gesundheitssystem ihren Platz findet bzw. überhaupt finden soll, ist offen. Das entsprechende Modellprojekt wird in Brandenburg zwar noch einmal ausgeweitet, eine „reguläre“ Einführung wird am Ende aber auch von der Finanzierung abhängen. Vorstellungen, die Mittel aus der Vergütung der ambulant tätigen Ärzte herauszunehmen, sind völlig abwegig. Erstens ist diese Decke ohnehin zu kurz und zweitens wäre dies auch nicht aufgabengerecht.

Mobil zum halben Preis

DIE LINKE hat sowohl die Volksinitiative als auch das Volksbegehren für ein Sozialticket in Brandenburg gemeinsam mit einem breiten Bündnis auf den Weg gebracht und tatkräftig unterstützt. Obwohl sich in einer Umfrage 76 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein Sozialticket ausgesprochen hatten, lehnte es die Regierungskoalition aus SPD und CDU im Landtag ab, gab dann aber dem Druck aus der Bevölkerung nach. Ab dem 1. September 2008 wird es ein „Mobilitätsticket“ für Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie von Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, geben. Sie bezahlen für das Mobilitätsticket nun nur noch halb soviel wie für die Umweltkarte der Regionalbahn. Alle Initiatoren des Sozialtickets sind sich trotz des jetzigen Standes einig, dass dieses Mobilitätsticket nur der Anfang sein kann.

Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE

DIE LINKE WAHL-PREISFRAGE

Und nun noch eine Frage, deren Beantwortung Ihnen nicht schwerfallen wird.

Wie viele KandidatInnen für die Kreistage im Land Brandenburg treten auf den Listen der LINKEN zur Kommunalwahl am 28. September an?

Sind es: A rund 670
B rund 750
C rund 830

Schreiben Sie zutreffenden Buchstaben auf eine Postkarte und schicken Sie sie unter dem Kennwort WAHL-PREISFRAGE an:
DIE LINKE. Brandenburg
Alleestr. 3
14469 Potsdam
Die Preisträger werden benachrichtigt.

Und so wird gewählt

Bei der Wahl der Gemeindevertretung und bei der Wahl des Kreistages haben Sie drei Stimmen für die jeweilige Wahl. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen in den vorgegebenen Kreisen neben den Namen der Bewerber. Jeder Wähler kann seine drei Stimmen einem einzigen Kandidaten geben, aber auch auf verschiedene Kandidaten (auch verschiedener Parteien) verteilen.
Damit bestimmt der Wähler, welche Parteien und welche Kandidaten in die kommunale Vertretung einziehen.

Wer am Wahltag sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, hat die Möglichkeit der Briefwahl. Dazu kann jeder seine Wahlbenachrichtigungskarte entsprechend ausfüllen und an die ausstellende Behörde mit der Bitte um Zusendung der Briefwahlunterlagen schicken. Er erhält dann sämtliche Unterlagen und eine Anleitung, wie die Stimmabgabe per Briefwahl vorzunehmen ist. Die Briefwahlunterlagen müssen bis zum Wahltag um 18.00 Uhr bei den zuständigen Wahlleitern eingegangen sein.

IMPRESSUM
ORIGINAL SOZIAL Zeitung zu den Kommunalwahlen 2008 im Land Brandenburg **Herausgeber:** Landesvorstand DIE LINKE. Brandenburg, Maria Strauß, Geschäftsführerin (v.i.S.d.P.) in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband DIE LINKE. Oberhavel. **Redaktion/Layout:** medienPUNKTpotsdam, Hessestraße 5, 14469 Potsdam, Tel/Fax: 03 31-20 01 89 70/-71, email: medien.potsdam@gmx.de **Fotos:** Archive DIE LINKE, medienPUNKTpotsdam
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus **Auflage:** 80.000 Exemplare **Erscheinungstermin:** 1. September 2008

Kandidaten für den Kreistag

Wahlkreis 4

Glienicke, Mühlenbecker Land, Hohen Neuendorf, Birkenwerder

Peter Ligner
**1947, Birkenwerder*

Bärbel Lange
**1956, Birkenwerder*

Manon Chochois
**1957, Birkenwerder, parteilos*

Mathis Oberhof
**1950, Mühlenbecker Land*

Elke Bär
**1959, Glienicke*

Kandidaten für den Kreistag

Marian Przybilla
*1952,
Hohen Neuendorf, parteilos

Margot Gudd
*1954,
Mühlenbecker Land

Günter Pioch
*1940,
Mühlenbecker Land

Linke Opposition im Kreistag

Bilanz der LINKEN: kritisch, kämpferisch, sozial fordernd und bürgernah

Seit Jahren ist es die prägende politische Kultur im Kreistag Oberhavel: Ein sich selbst lobender autokratischer Landrat mit seiner willfährigen Großen Koalition aus SPD und CDU macht neoliberale Politik, kanzelt Opposition und BürgerInnen ab, die es wagen, ihn zu kritisieren und verordnet schon mal Maulkörbe. Was kann/konnte in dieser Konstellation LINKE Opposition leisten?

Seit dem vorigen Jahr hat das Team des Landtagsabgeordneten Torsten Krause an seinem Info-Mobil über 150 Sprechstunden auf den Marktplätzen von Gransee, Zehdenick, Fürstenberg/ Havel, Lychen, Templin und Boitzenburg angeboten. Alle vierzehn Tage trifft der junge Abgeordnete die Menschen dort, wo sie leben.

Stimmen gegen die SPD-CDU-Politik

Zuerst einmal etwas scheinbar Unpolitisches: Kritisch sein und bleiben! Schließlich sind der Kreistag und seine Abgeordneten dazu gewählt und verpflichtet, die hauptamtliche Verwaltung zu kontrollieren. Das haben wir getan und „genervt", die Verwaltung, aber auch diejenigen Großkoalitionäre, die sich als ehrenamtliche Kofferträger ihrer Verwaltung verstanden.

Vor allem aber: Eine soziale Kommunalpolitik einfordern! Schwierig genug in Zeiten von Hartz IV, zumal wir dabei einer ganz Großen Koalition von CDU bis zu den Grünen gegenüberstanden. Aber notwendig, weil unsere Warnungen vor den Folgen dieser Politik zwar nicht gehört, aber bestätigt wurden: Die Armut im Landkreis, insbesondere bei Kindern, ist erheblich gewachsen, viele Menschen sehen sich vom sozialen Abstieg bedroht. Grund genug, die Anpassung kreislicher Gebühren an diese Situation zu fordern und die Umsetzung von Hartz IV im Grundsicherungsamt kritisch zu begleiten. Wichtig dabei war die regelmäßige Anhörung von Betroffenen, deren Kritik und Probleme wir in Öffentlichkeit und Verwaltung trugen.

Wenn auch Anträge zur kostenlosen Beförderung und für ein Schulstarterpaket für Schüler aus ärmeren Familien an der sozialen Selbstzufriedenheit der Großen Koalition scheiterten, wir blieben am Ball. DIE LINKE sammelte Spenden für die Ausstattung der Erstklässler.

Bürgerproteste in den Kreistag tragen

Wir setzten das Thema Leiharbeit in kreiseigenen Unternehmen auf die Tagesordnung. Leiharbeit musste abgeschafft werden, Niedriglöhne sind geblieben. Die Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft wurde von uns gefordert. Unsere Vorschläge für eine zukunftsfähige, gentechnikfreie Landwirtschaft scheiterten an der umweltpolitischen Ignoranz der bisherigen Mehrheit.

Wenn sich Bürgerproteste mit Kreistagsarbeit verknüpfen ließen, kamen die verkrusteten Mehrheitsverhältnisse zum Tanzen. So bei der erfolgreichen Sicherung des traditionsreichen Runge-Gymnasiums, so auch bei der Verhinderung einer unökologischen Müllverbrennungsanlage.

DIE LINKE wirkte im Zusammenspiel mit außerparlamentarischer Aktion. Das bleibt so, auch wenn wir stärker werden und andere Mehrheiten zustande kommen. *Peter Ligner*

Wir laden Sie ein, prüfen Sie uns

Haben Sie Fragen, möchten Sie uns Ihre Meinung sagen, Hinweise geben, Probleme und Wähleraufträge an den Mann und die Frau bringen, dann wenden Sie sich einfach an eine unserer Geschäftsstellen oder besuchen Sie uns bei den zahlreichen Gelegenheiten an den Infoständen. Hier sind immer kompetente Gesprächspartner für Sie da.

TERMINE:

9. September, 19.30 Uhr, „Deutschlandlieder", Musik und Gespräche von und mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag Kerstin Kaiser, Einlass ab 18.00 Uhr mit Gelegenheit zum persönlichen Gespräch am Info-Stand der LINKEN. Zehdenick, Klostergalerie/Klosterscheune, Am Kloster

24. September, 19 Uhr
Hier ist DIE LINKE! Ulrich Maurer (MdB), Wolfgang Gehrcke (MdB) und Thomas Nord im Gespräch über die neue LINKE und und wie sie die deutsche Politik verändert. Hohen Neuendorf, Himmelspagode, Oranienburger Straße 3

DIE LINKE. Oberhavel
Straßburger Straße 24
16515 Oranienburg
Tel: 03301-20099-0
Fax: 03301-20099-9
www.die-linke-ohv.de
E-Mail:
info@die-linke-ohv.de
Öffnungszeiten:
Di., Mi., Do. 9-16 Uhr und nach Vereinbarung

Bürgerbüro Gerrit Große
(Mitglied des Landtages)
Straßburger Straße 24
16515 Oranienburg
Tel: 03301-20099-4
Fax: 03301-20099-9
E-Mail:
gerrit.grosse@die-linke-ohv.de

Europabüro
Dr. Helmuth Markov
(Mitglied des Europäischen Parlamentes)
Straßburger Straße 24
16515 Oranienburg
Tel: 03301-20099-3
Fax: 03301-20099-9
E-Mail: helmuth.markov@die-linke-ohv.de